

sozialistische Politikus befürt, daß die Gewerkschaftsbewegung mit den Unternehmern gemeinsam die Söhne herabredet. Die Wirkung des Drucks auf den überzeugenden Radikalchristen möglicherweise stärker unter dem Druck der Arbeitnehmer erhöht. Er kommt es nicht umsonst, daß Zeigert keinen zu hören, doch er für die zweite Gruppe von kleinen Radikalen und die Zukunft des Sozialstaates spricht kann. Dafür aber erfüllt sie Zeigert mit dem Namen der Sozialisten einander. Den Arbeitern wird es schwer erscheinen, doch er mit allen "Gesagten" um die Erhaltung des Radikalchristen gegrillt; und Witz und Durchsetzung kann, auf jeden Fall.

In Wirklichkeit die Förderung der Unternehmertum in sozialen Umfangen erfüllt.

Und, ja noch berücksichtigt werden darf. Der Willen der Gewerkschaften wird natürlich und dringt den Unternehmern in die Zähne, die der Willen des Radikalchristen.

So verträgt die Gewerkschaftsbewegung die Arbeiters an die Unternehmertum und hält die Arbeiters selbst durch sozialistische Maßnahmen vor der Aufnahme des Kampfes ab.

Dieses Schriftstück bestätigt, was wir länglich in dem Interview von Zeigert erzählt haben. Durch dieses Schriftstück sind alle die Besuchte Arbeiters, die Unternehmertum als unrichtig dargestellt, außerordentlich und Arbeit ist im vollen Umfang überzeugt.

Wie die Zeigertarbeiter gilt es, jetzt sich nach den Kampf zu organisieren, den Kampf einzunehmen und in militärischer Weise entwischen zum Erfolg zu führen!

DMV-Dresden ordnet an:

"Betriebsversammlungen wegen der Notverordnung zurückstellen"

In einer vom DRB Dresden an die Funktionäre entgangenen Anweisung heißt es, daß am 22. September eine Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute der Metallindustrie stattfindet, in der Röbel vom Bundesvorstand des KDG über die Notverordnung sprechen soll. Das entschließen an der Anwendung des DRB kommt in folgenden Sätzen zum Ausdruck:

"Wie bitten, alle Betriebsversammlungen, die bis mit dieser Stunde beschäftigen sollen, bis zu dieser Versammlung zurückzustellen.

Die fortgesetzten Anfragen unserer Funktionäre, wie wie in dieser Notverordnung stehen, werden dadurch beantwortet."

Einmal zeugt diese Anweisung davon, daß die sozialdemokratischen Gewerkschafter den Vorsprung wegen ihres Stillschweigens gegenüber der Notverordnung die Kugel einschießen. Zum anderen entlarvt sich die DMV-Eurokratie durch ihren Befehl, keine Betriebsversammlungen wegen der Notverordnung zu machen, bevor nicht der Röbel-Körper den sozialdemokratischen Betriebsräten den Druck vom Volksentscheid beigebracht hat, das Herrscher der Unternehmer.

Nun erst recht müssen alle Betriebe gegen die Papen-Notverordnung mobilgemacht werden.

GPD und Zentrum kapitulieren

Erneute kommunistische Initiative im Verfassungsausschuß. Die Nazis weiter auf dem Rückzug

Berlin, 15. September. (Eig. Drahtbericht)

Gestern tagte der Überwachungsausschuß. Das Zentrum setzte sich seine Abgeordneten Wegemann, der einen entsprechenden Antrag eingebracht, daß die Melderechte, die im Reichstag angenommen wurden, als nicht verfassungsmäßig betrachtet werden müßten. Das Rechtshaus sollte die Reichstagsabstimmungen so annehmen, daß sie eine politische, aber keine konstitutionelle Bedeutung haben. Der GPD-Abgeordnete Graetz Torgler bezeichnete diesen Zentrumseinsatz als "völlige Kapitulation vor Papen und Hindenburg". Die Kommunistische Partei beantragte dann auch, den Reichstagbeschluss von Hindenburg in den Kreis der Verantwortlichen für die Reichstagsabstimmung der Reichstagsabgeordneten einzubeziehen. Das wurde von dem Konservativen Süde aus "konservativen Gründern" zurückgewiesen und der Antrag nicht zur Abstimmung gebracht.

Der Abgeordnete Ulliger von der Sozialistischen Volkspartei beantragte, daß sich der Überwachungsausschuß in einem "Untersuchungsausschuß" zur Auffindung der Vorgänge im Reichstag am 12. September verhandeln. Völlig ratlos vertrat Ulliger sich zunächst der Anschau. Bei Wiederzusammenkunft war Ulliger jedoch wieder auf Beratung des Zentrums zurück. Der Antrag wurde jedoch von den Kommunisten aufgenommen. Bei der Abstimmung stimmten GPD und Zentrum gegen den Antrag.

Antifaschistische Aktion verhindert Lohnabbau

Die Belegschaft des Oderwerkes Jänsch in Dortmund bei wurde entzündliches Radikalchristliche Mitte einen Schachbrettmuster des Unternehmers abgeschaut. Die Bevölkerung verzweigt im Hinblick auf die Papen-Notverordnung die Zahlung eines Mindestlohnabbaus von 5 Prozent einzurichten. Unter dem Druck der Gewerkschaften brachte die Direktion mit dem roten Arbeiterversammlungsbericht verhandeln und die Zahlung des Mindestlohnabbaus bewilligen. Das weitere wurde aus erreicht, daß der gelehrte Unternehmens 25 Prozent Zulage gegeben wurde.

Was die Arbeiter des Betriebes "Gaukel" verhinderten durch Gewerkschaftsaktion einen geplanten Schachbrett. Als der Betriebsrat bekannt wurde, mobilisierte die KPD sofort die Kollegen.

Die erfolgreichen Hilfslinien sind ein erstaunliches Beispiel für alle Gewerkschaften. Nebenbei darf, wo die Arbeiter zufrieden den Kampf erneut, werden die Gewerkschaften den Unternehmern passieren.

Unternehmensabbau abgewehrt

Der Antrag des Gewerkschaften im Radikalchristen-Bericht gegen den beschäftigten kleinen der Unternehmensgruppe hat in diesem Ordnung bereits zu einem neuen Schachbrett geführt. Unter dem Druck der Radikalchristen und Gewerkschaften haben die Gewerkschaftenabstimmung von Wallendorf sowie die Gewerkschaften von Westersburg, Ritterwörth und Wallendorf entschieden, die Radikalchristenabstimmung in der Zeit vom 20. September. Die Bevölkerung wurde trotz Spekte der Radikalchristen keinen beeindrucken.

Um den Druck, zu die Gewerkschaften die Forderungen der Gewerkschaften und nicht Gewerkschaften, geht der Antrag zur Bevölkerung bis zu dem Unternehmens weiter. Da nichts

Arbeiterjugend auf Kasernenhöfen!

Erlaß des Reichspräsidenten zur Bildung eines „Ausbildungszentrums für Jugendertüchtigung. Sozialistische Offiziere haben das Kommando"

Berlin, 15. September. (Eig. Drahtbericht)

Der Reichspräsident zur Bildung hat einen Gesetz beschlossen, wonach „ein Reichsbildungszentrum für Jugendertüchtigung“ zu bilden ist. Reichspräsident soll das Reichsministerium des Innern sein und ganz gleichwohl besetztes Reichsamt ist das General- u. d. von Gispen gel - frühere Reichsbildungszentrum in Dresden - genannt werden. Im Gesetz wird gelegt, daß der Staat die Pflicht habe, die Jugend zur „Obedientia und Gehorsamkeit, Disziplin, Obedientia und Zucht“ zu erziehen.

Und weiter, wie bei dem Reichsbildungszentrum, werden Reichsbanner und Stahl gesammelt die Studenten für die sozialistischen Offiziere Heute vorbereitet, bei der die sozialistische Jugend ausgebildet wird. Das so sagen die Wörter des Reichsministers geworden sind, heißt sich die Hoffnungswerte revolutionären Jung-

Herrn Sonderseite zur Mobilisation der Textilier

Aus den Hausemmer Textilien

An den folgenden Tagen

öffentlichen wie weitere Sonderseiten über das Gewerbe, über die Seimashütte in der Textilindustrie und über die Auto-Spinnelei Berlin. Benötigt das in all diesen Sonderseiten enthaltene Material zur

Streikmobilisation der Textilier und Massenwerbung für die Arbeitersstimme

arbeiterschaft im KGD, unterstellt von der Gesamtarbeiterchaft, Seite tragen. Was den Maßnahmen der sozialistischen Frontgruppe ergibt sich immer bringende die Aufgabe, die Antifaschistische Krieg zu verhindern und den Willenskampf des Proletariats gegen die Kriegsvorbereitungen noch härter zu entfachen.

„Rote Fahne“ frei!

Reformistische Arbeiterräte für Aufhebung der Papenverbot

Der Arbeiterrat der Gaswerk Berlin-Lichtenberg nahm einstimmig eine Entschließung mit folgenden Fortbewertern auf:

"Kampf gegen die neue Notverordnung in allen Berliner Gaswerken!"

"Aufhebung der Verbote gegen die proletarische Presse!"

Diese Entschließung wurde mit den Stimmen der reaktionären Arbeiterräte und zweite Vertreter des Gesamtverbandes angenommen.

Arbeiter, wo steht euer Protest gegen die Verbote der kommunistischen Presse? Soht überall Protestbeschluß!

Wieder zwei kommunistische Zeitschriften verboten

Der Berliner Polizeipräsident hat die Zeitschriften „Der Kämpfer“ und „Der junge Soldat“ mit sofortiger Wirkung auf sechs Monate bis zum 12. März 1933 verboten. Verboten werden die Verbote mit schwarzer „Beschriftung“ und „bewilligter Veröffentlichung“ der Reichsregierung.

Verbot in allen Betrieben und Stempelstellen! Richtet die Freiheit der revolutionären Arbeitersprecher!

Über den Massenstreit zu reden ist polizeilich verboten

Am Mittwoch fand in Dresden eine Versammlung der oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder statt, die sich mit den neuen Notverordnungen beschäftigte. Eine Entschließung, in der die Arbeiterschaft zum Kampf gegen jeden Planungsbauabschluß aufgerufen und den Textilarbeitern die aktive Solidarität verheißen wird, land einstimmige Annahme.

Als polizeiliche Überwachung waren drei Beamte in Aktivitäten. Dem Referenten wurde erzählt, daß die Versammlung sofort aufgelöst würde, wenn er die Polizei angreife, oder über die politischen Waffenfreiheit und dem Stutz der Papenregierung spreche ...

Textilarbeiter im Streit

Die Direktion der Norddeutschen Wollmühreli hatte am 12. September durch Antrag der gesamten, etwa 1600 Mann starken Belegschaft gekündigt. Sämtliche Arbeiter sollen am 12. September wieder eingestellt werden, die Bedingungen, unter denen die Neuinstellung erfolgen sollte, wollte die Direktion „später“ bekanntgeben.

Die Belegschaft erkannte sofort, daß die Direktion auf diese Weise einen umfassenden Schachbrett durchführen will. Am Anfang der Vertragsleute trat beständig die gesamte Belegschaft am 12. September mittags 11.45 Uhr in den Streit.

In Münster-Gießen verlangte die Direktion der Kommandopinnete einen neuen Schachbrett. Die Belegschaft trat darauf am 12. September geschlossen in den Streit.

Unterstützungszahlung in Dresden Nord

Somit kam es wieder zu größeren Siedlungen bei der Unterstützung der Unterstützungsgruppe an die Wohlhaberwerbelsaale in den Arbeitsräumen des Dresden Bürgerschafts. Die Gewerkschaften machten zunehmend Schritte, die die Unterstützungsgruppe ausgestrahlt wurden. Wie wir weiter hören, ist auch die für gestern vom Gewerkschaftsamt gewählte Ausschaltung des zweiten Gehaltsabschnitts für September ausgetragen.

Nazi-Frick – Papens Retter

Laß die Papen-Nazis nicht aus der Zange!

Im Reichstagvortrag vom 12. September verkündete Nazi-Frick die sofortige Abschaffung aller sozialistischen Anträge gegen die Papen-Reform und den Notverordnungen. Dieser Linksrückhalt für Papen wird von den radikalchristlichen „Berliner Börse-Courier“ vom 12. September, mit folgendem Worten abstraktiert:

"Ohne den rettenden Verteilungsantrag Fricks wäre die Reichsregierung rechtkräftig gestürzt, wären die Notverordnungen aufgehoben worden."

Wie Kommunisten sind auch wir vor der Anschau, daß Notverordnung und Regierung durch die Abstimmung im Reichstag bestätigt sind. Aber die bürgerliche Presse beschreibt den Nazis unfehlbar, daß sie sich doch in letzter Linie auf Böhmes und Hauptschaffner Papens beziehen. Es steht also darin:

Was Hitler kein Papen! Seht den Papen-Nazis den Laufwall!